

Die SPD ist ein außen- und sicherheitspolitisches Risiko

Politik gegen das Atlantische Bündnis

Die SPD hat sich mit ihrer einstimmigen Annahme des Antrages des Parteivorstandes zur „Friedens- und Sicherheitspolitik“ auf dem Nürnberger Parteitag 1986 politisch aus dem Atlantischen Bündnis verabschiedet. Keine der Forderungen, die jetzt offiziell die Richtlinien der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD bestimmen, befindet sich mehr im Einklang mit den Positionen des westlichen Bündnisses.

Heute bestimmen diejenigen innerhalb der SPD den Kurs, die in der „Sicherheitspartnerschaft“ mit Kommunisten die Zukunft sehen und nicht in der Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten, insbesondere den USA. Im Weltbild führender Sozialdemokraten wie Egon Bahr, Oskar Lafontaine oder Andreas von Bülow erscheinen die USA und die NATO als Kriegstreiber und die Sowjetunion als Entspannungspartner. Die SPD ist nicht mehr in der Lage, eine nüchterne außenpolitische Analyse zu leisten. Statt dessen hängt sie idyllischen Vorstellungen von einer „gemeinsamen Sicherheit zwischen Ost und West“ nach.

Damit steuert die SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik einen Kurs, der das Bündnis aushöhlt und unsere Sicherheit gefährdet.

Diese sicherheitspolitischen Nahziele hat die SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag beschlossen:

- sie will die NATO-Nachrüstung rückgängig machen, aber der Sowjetunion so viele SS-20 belassen, wie 1979 zum Nachrüstungsbeschuß führten;
- sie will die Vereinigten Staaten von Amerika zur Aufgabe von SDI nötigen und die deutsche SDI-Vereinbarung mit den Amerikanern kündigen;
- sie will die Politik der Abschreckung gegenüber der Sowjetunion aufgeben und dem Bündnis eine neue, ungesicherte Strategie aufzwingen;

— sie will die Rücknahme aller die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr verbessern den Maßnahmen durchsetzen.

Damit verstößt die SPD gegen Bündnisverpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland zur Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit auf sich genommen hat. Die auf dem Nürnberger Parteitag nunmehr öffentlich besiegelte Politik stempelt die SPD zu einer Partei, die nicht mehr in der Lage ist, die deutschen Sicherheitsinteressen zu wahren und zu vertreten. Sie ist selbst zum Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland geworden.

Auf neutralistischem Kurs

Der Nürnberger Parteitag bestätigte die Entwicklung der vergangenen Jahre, demzufolge diejenigen Kräfte in der SPD immer einflußreicher werden, die die Bundesrepublik Deutschland aus dem westlichen Bündnis herausbrechen wollen. Ihr Ziel ist ein neutralistischer Kurs unter starker Anlehnung an die außenpolitischen Ziele der Sowjetunion. Daher stellt sich die SPD immer offener gegen das Atlantische Bündnis. Führende Sozialdemokraten lassen keine Gelegenheit aus, sich gegen sicherheitspolitische Positionen der NATO auszusprechen oder das Bündnis selbst in Frage zu stellen.

Dies bewies auch der Nürnberger SPD-Parteitag, dessen Anträge zur „Friedens- und Sicherheitspolitik“ schonungslos offenlegten, daß weite Teile der SPD-Verbände nicht mehr eindeutig zum westlichen Bündnis stehen, viele sogar bereit sind, den Ausstieg aus der NATO zu fordern.

Zu den Anführern dieser „Raus-aus-der-NATO-Politik“ gehören der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine und einflußreiche Gruppierungen wie der „Frankfurter Kreis“, dessen Sprecher Konrad Gilges MdB, immer wieder fordert, daß die SPD „auf Distanz zur NATO und zu Reagan“ gehen soll (Protokoll des Nürnberger Parteitages, 27. August 1986). Landesverbände wie die Bremer oder die Berliner SPD haben auf ihren Parteitagen den Verbleib der Bundesrepublik Deutschland in der NATO in Zweifel gezogen. SPD-Spitzenpolitiker diffamieren die westliche Verteidigungsgemeinschaft, indem sie wie Andreas von Bülow fordern, die NATO-Politik müsse so gestaltet werden, daß vom westlichen Bündnis „keine Gefahr mehr für die Menschheit ausgeht“ (zitiert nach FAZ, 31. Juli 1986).

In ihrem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm hat sich die SPD politisch auf die Auflösung des Atlantischen Bündnisses festgelegt. Ihr Zukunftsziel ist es, die militärischen Blöcke „durch eine europäische Friedensordnung abzulösen“ (Irseer Entwurf, Juni 1986, S. 21). Aber auch heute schon benutzt die SPD die Idee der europäischen Einigung als

Deckmantel für die schrittweise Lösung Europas aus der Allianz mit den Staaten Nordamerikas.

Im Mittelpunkt der „Entdeckung Europas“ durch die SPD (Frankfurter Rundschau, 1. Oktober 1985) steht daher die Sicherheitspolitik, deren „Europäisierung“ nur „durch die Schaffung einer neuen Organisationsform außerhalb des Rahmens der integrierten militärischen Struktur der NATO“ erreicht werden kann (Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP, in: Vorwärts, 20. Juli 1986). Es stört Brandt und andere führende Sozialdemokraten nicht, daß weder die französischen noch die italienischen Sozialisten diese Politik unterstützen, sondern nur europäische Kommunisten wie z. B. die KP Italiens.

Wachsender Anti-Amerikanismus

Für den SPD-Parteivorsitzenden Brandt sind die Forderungen nach einem NATO-Ausstieg „nichts Ehrenrühriges für eine Partei wie die SPD“ (Interview in: Vorwärts, 4. Januar 1986). Brandt unternimmt auch nichts gegen die Diffamierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die seit Jahren in seiner Partei stattfindet und sich heute sogar im Irseer-Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm niederschlägt.

Dort wird den USA unter anderem vorgeworfen, daß sie „Überlegenheit anstrebt und Weltmachtpolitik ohne Rücksicht auf ihre europäischen Verbündeten und deren Interessen betreibt“ (Irseer Entwurf, S. 21). Weite Teile der SPD sehen die Amerikaner nicht mehr als Partner und Beschützer, sondern nur noch als „Störer der Entspannung“ (Konrad Gilges, Parteitag der SPD in Nürnberg, 27. August 1986).

Dies beweist, daß die SPD nicht mehr klar erkennt, vor wem wir uns schützen müssen. So erklärte Egon Bahr kürzlich: „Ich hatte vor einigen Jahren mehr Sorge vor der Sowjetunion. Ich habe heute mehr Sorge vor den Amerikanern“ („Frankfurter Gespräche“ im Hessischen Rundfunk, 6. April 1986).

Die politische Auswirkung des Anti-Amerikanismus des immer stärker werdenden linken Flügels in der SPD ist, daß eine Verharmlosung des Kommunismus und eine politische Hinwendung zur Sowjetunion immer mehr Unterstützung in der SPD findet.

Schwächung unserer Verteidigungsfähigkeit

Die gefährliche Folge dieser Politik ist die Bereitschaft der SPD, die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu schwächen und somit unsere

Sicherheit aufs Spiel zu setzen. In Nürnberg hat die SPD diesen Weg endgültig beschlossen. Sie will

- größere Teile der Bundeswehr auf Kaderverbände reduzieren,
- die notwendige Verlängerung des Grundwehrdienstes zurücknehmen und
- die Verteidigungsausgaben auf den Anteil am Haushalt von 1982 zurückschrauben.

Den Bundeswehrplan, der die Entwicklung der Streitkräfte bis in die neunziger Jahre festschreibt, lehnt die SPD ab.

Vor den Folgen der heute von der SPD geforderten Kaderung hatte SPD-Verteidigungsminister Apel noch im letzten Jahr seiner Amtszeit gewarnt: „Jede weitere Kaderung — zum Beispiel bei den Brigaden des Heeres — schwächt die Fähigkeit zur Vorneverteidigung. Sie dürfte auch Präsenzminderungen bei den Verbündeten auslösen“ (Hans Apel, Bundesministerium der Verteidigung, Material für die Presse, 21. Juni 1982).

Apel wußte auch, daß ohne die Verlängerung des Wehrdienstes die Zahl der aktiven Soldaten auf unter 300 000 Mann absinken und das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes weiter verstärken würde. Daher Apel 1982: „Der Grundwehrdienst wird verlängert werden müssen. Das Gesetzgebungsverfahren wird Mitte der achtziger Jahre einzuleiten sein“ (Bundesministerium der Verteidigung, Material für die Presse, 21. Juni 1982). Genau dies hat die Regierung Helmut Kohl im Interesse unserer Sicherheit getan.

Die Kürzung der Verteidigungsausgaben auf das Niveau des Anteils am Haushalt 1982 hätte zur Folge, daß

- alle Besoldungserhöhungen für die Soldaten seit 1983 nicht mehr bezahlt werden könnten und
- der Übungsbetrieb der Bundeswehr ähnlich wie 1982 wieder eingeschränkt werden müßte.

Rot-grüne Übereinstimmung

Kandidat Rau schließt eine rot-grüne Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik aus. „Ich glaube, daß man mit den Grünen in der Tat bundespolitisch nicht zusammenarbeiten kann. Das mag lokal und regional anders aussehen, dafür kenne ich Beispiele. Deshalb habe ich ... gesagt, daß wir für eine Koalition mit den Grünen nicht zur Verfügung stehen, da sind einfach die Ziele unvereinbar. Das gilt in der Sicherheits- und Verteidigungs- und Außenpolitik, das gilt auch in der Industriepolitik“ (Johannes Rau, SWF, „Heute Mittag“, 16. Juni 1986).

Die Wahrheit sieht aber anders aus: SPD und Grüne haben den programmatischen Schulterschluß in der Außen- und Sicherheitspolitik längst vollzogen. Beide wollen den Ausstieg aus dem westlichen Bündnis. Die Grünen fordern: „Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen“ (Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl 1987). Auch für sozialdemokratische Sicherheitspolitiker wie Konrad Gilges schließen sich „Bündniszugehörigkeit und Friede in Europa einander aus“ (Gilges in: *Vorwärts*, 21. September 1985).

Zwischen dem Wahlprogramm der Grünen und den Beschlüssen zur Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Nürnberger Parteitag der SPD gibt es bereits einen ganzen Katalog von Einzelforderungen, in denen vollständige Übereinstimmung herrscht. Grüne und SPD wollen:

- Beseitigung der NATO-Nachrüstung;
- Kürzung des Rüstungshaushaltes;
- Ablehnung von SDI und keine deutsche Beteiligung an der SDI-Forschung;
- Verkürzung des Wehrdienstes und des Zivildienstes;
- Kündigung des Truppenunterstützungsabkommens (Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens).

Diese Übereinstimmung beweist, daß das Argument von Johannes Rau und anderen führenden Sozialdemokraten, man könne wegen der sicherheitspolitischen Vorstellungen der Grünen mit ihnen keine Koalition eingehen, vorgeschoben ist und über den wahren Sachverhalt täuschen soll.

Im Schlepptau sowjetischer Interessen

Der politische Ausstieg der Sozialdemokraten aus dem westlichen Bündnis bedeutet zugleich den Einstieg der SPD in eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt (so beschlossen auf dem Nürnberger Parteitag der SPD, 27. August 1986). Der Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ mit kommunistischen Diktaturen erhellt schlaglichtartig, auf welchen gefährlichen Irrweg die SPD die Bundesrepublik Deutschland locken will. Sie will denjenigen unsere Sicherheit anvertrauen, die unsere Freiheit bedrohen, in deren Machtbereich die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und deren Truppen als Besatzungsmacht in Afghanistan stehen.

Die SPD verkennt die grundlegenden Ursachen des Ost-West-Gegensatzes, denn für sie sind die Ost-West-Spannungen nicht mehr in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet, sondern in einem quasi national-staatlichen Konkurrenzverhältnis zweier gleichzusetzender Großmächte. Diese falsche Einschätzung hat die SPD in einen Wertneutralismus geführt, in dem sich die gemeinsame demokratische Wert- und Gesellschaftsordnung des Westens nicht mehr deutlich vom totalitären System des Ostens unterscheidet. Die Konsequenz ist, daß die SPD die sowjetische Politik verharmlost und sich in die Abhängigkeit vom sowjetischen Wohlwollen begibt.

Während Helmut Schmidt mit den Staaten Osteuropas „Zusammenarbeit auf der Grundlage verbürgter Sicherheit“ wollte (Helmut Schmidt, Eine Strategie für den Westen, Berlin 1986, S. 20), haben die heutigen Führer der SPD diese Grundlagen der westlichen Entspannungspolitik längst über Bord geworfen. SPD-Kandidat Rau verspricht „Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und Entspannung“ (Rede auf dem Nürnberger Parteitag, 26. August 1986). Dies zeigt, daß die SPD nur auf Dialog und Abrüstung setzt, die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit aber nicht mehr wahrhaben möchte.

Der von ihnen eingeschlagene Kurs führt geradewegs dahin, die ehemals im Zeichen der Freiheit angetretene Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen.

Die SPD ist ins Schlepptau sowjetischer Interessen geraten. Dies ist die zwingende Folge der grundsätzlichen Umorientierung der sozialdemokratischen Außen- und Bündnispolitik: Weg vom Westen, weg von der NATO, hin zu einer Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion, notfalls im Alleingang. Eine solche Politik stützt sich nicht mehr auf die Sicherung durch die Vereinigten Staaten, sondern führt in die Abhängigkeit von der Sowjetunion. Schon heute unterstützt die SPD nicht mehr Positionen des Westens in den multilateralen Abrüstungsverhandlungen, sondern östliche Vorschläge wie z. B. die Schaffung chemie- und atomwaffenfreier Zonen in Europa oder die Forderung nach dem Nicht-Ersteinsatz von Nuklearwaffen.

Entspannung auf Kosten der Menschenrechte

Die Rücksichtnahme auf sowjetische Interessen zeigt sich auch darin, daß die SPD bereit ist, für das selbstgesteckte Ziel einer „zweiten Phase der Entspannungspolitik“ hinsichtlich der Verletzungen der Grund- und Freiheitsrechte in den Staaten des Warschauer Paktes eine Politik der Leisetreterei zu betreiben. Sie unterläßt alles, „was die Sowjetunion als Bedrohung, Eskalation des Konflikts oder Destabilisierung ihrer Herrschaft empfinden könnte“ (Gesine Schwan, in: Rheinischer Merkur, 20. Juli 1985).

Die Besuchsdiplomatie der führenden Sozialdemokraten in Osteuropa ist folgerichtig dadurch gekennzeichnet, daß sie Zusammenkünfte mit Regimegegnern, die Menschenrechte und Freiheit einfordern, „wie das Feuer meiden“ (Die Welt, 29. November 1985). Internationales Aufsehen erregte die Weigerung Willy Brandts im Dezember 1985 mit dem polnischen Arbeiterführer Lech Walesa zusammenzutreffen. Auch in ihren engen Beziehungen zur SED hüten sich die Sozialdemokraten, Fragen der Grund- und Freiheitsrechte zum Thema zu erheben. Offensichtlich sind Bürgerrechtler, Gewerkschafter und Kirchenvertreter in den Augen Brandts, Bahrs und anderer SPD-Politiker Störfaktoren ihres Entspannungskonzepts.

Nebenaußenpolitik mit kommunistischen Parteien

Als Kernstück ihrer Ostpolitik betrachtet die SPD das „Netzwerk der Zusammenarbeit“ (FAZ, 17. Juli 1985), das sie mit den kommunistischen Parteien Osteuropas geknüpft hat.

Ohne parlamentarische Kontrolle, ohne Wählerauftrag und ohne Rücksichtnahme auf westliche Positionen verhandelt die SPD

- mit der SED über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa,
- mit der polnischen kommunistischen Partei über vertrauensbildende Maßnahmen,
- mit den tschechischen Kommunisten über Fragen der Umweltzusammenarbeit,
- mit der KPdSU über eine Verringerung der Rüstungshaushalte,
- mit den ungarischen Kommunisten über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Diese Nebenaußenpolitik ist in westlichen Demokratien ohne Beispiel. Keine andere Oppositionspartei geht soweit, auf eigene Faust hinter dem Rücken der Regierung Verhandlungen mit kommunistischen Parteivertretern des Ostens zu führen.

Dies beweist: Die SPD unterläuft mit Absicht die Politik des Dialogs der Bundesregierung und der anderen westlichen Verbündeten. Die Überheblichkeit der SPD-Opposition stößt auch in der Öffentlichkeit zunehmend auf Ablehnung, die diesen Vorgang als „Skandal für unsere politische Kultur“ (Alexander Schwan, Rheinischer Merkur, 8. Februar 1986) betrachtet.

Die Sozialdemokraten jedoch verschleiern den wahren Charakter ihres gefährlichen Zusammenspiels mit den kommunistischen Parteien, indem sie von „Informationskontakte“ (Karsten Voigt im Deutschlandfunk, 10. Dezember 1984) sprechen. In Wahrheit aber geht es der SPD um die

Durchsetzung ihrer vom westlichen Bündnis nicht gedeckten Entspannungsvorstellungen und um Zusagen an die kommunistischen Führungen. Willy Brandt gab offen zu, daß die „Nebenaußenpolitik auch zur Vorbereitung für die Übernahme der Regierungsverantwortung“ durch seine Partei (zitiert nach Die Welt, 14. April 1986) dient.

Bei ihrer engen Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien verliert die SPD allerdings immer mehr die Abgrenzung zwischen demokratischen Parteien und diktatorischen Staatsparteien aus den Augen. Im Hinblick auf die SED besteht inzwischen nach gemeinsamem Bekunden von Egon Bahr und SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen bereits ein „gegenseitiges Vertrauensverhältnis“ (Welt am Sonntag, 16. Februar 1986).

Die SPD muß sich fragen lassen, wie es mit der politischen und moralischen Integrität der Partei Kurt Schumachers bestellt ist, die heute mit den Erbauern der Mauer und den Befürwortern des Schießbefehls offensichtlich freundschaftlichere Beziehungen unterhält als zu mancher Partei der westlichen Demokratien.

(Gekürzte Fassung der von der CDU-Bundesgeschäftsstelle erarbeiteten umfangreichen Dokumentation, die in Einzlexemplaren über die Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, zu beziehen ist.)